

Ich warne davor –
eine Denunziationskultur zu etablieren



Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz
Vortrag vom 13.12.2024 in Berlin Theater Ost



Je länger dieser Krieg dauert, um so schwerer fällt es mir, die richtigen Prioritäten zu setzen. Denn irgendwas kommt bei einem Vortrag von 60 Minuten immer zu kurz. Natürlich ist die Vorgeschichte wichtig. Die Chronologie. Sehr wichtig. Wer agiert. Wer reagiert.

Nicht zu unterschätzen sind auch die unterschiedlichen Erfahrungshintergründe von Menschen in verschiedenen Ländern. Das ist ja schon innerhalb von Deutschland von Belang, ob jemand in der DDR oder in der alten BRD sozialisiert wurde.

Sehr wichtig ist eigentlich auch – ein intensiverer Blick auf die Geschichte der Ukraine. Da wird immer so leichtfertig von ukrainischer Identität gesprochen. Der Staat, den wir heute kennen, existiert seit 1991 – also gerade mal 33 Jahre und natürlich spielt die sehr wechselvolle Geschichte dieses Gebietes und diverse Begehrlichkeiten drumherum eine große Rolle, um die heutige Situation einordnen zu können.

Allein über die Krim und völkerrechtliche Aspekte könnte man spielend einen eigenen Vortrag halten. Dann muss es selbstredend auch um eine aktuelle Bestandsaufnahme gehen. Wo stehen wir denn heute? Wie sieht's denn aus an den verschiedenen Frontabschnitten? Wie ist denn das mit dem Durchhaltewillen der Bevölkerung, sowohl in der Ukraine als auch in den Unterstützer-Staaten?

Der nächste Punkt sind Interessen. Wer hat woran Interesse und warum? Die USA – Deutschland – die EU – Russland – die Ukraine – der Rest der Welt – der globale Süden.

Und schließlich: Was ist mit den Medien, mit der Berichterstattung? Welche Rolle spielt die Sprache? Die Wortwahl? Das Messen mit zweierlei Maß? Das bezieht sich im Übrigen nicht nur auf das Thema Russland und die Ukraine. Das zieht sich durch alle Bereiche durch.

Achten Sie doch mal darauf, in welchem Umfeld es „Atomkraft“ und wann es „Kern-Energie“ heißt. Oder wie unterscheiden sich eigentlich „Schleuserbanden“ von „Fluchthelfern“? Wie ist das mit „Rebellen“ oder gar „Terroristen“ auf der einen Seite und „Freiheitskämpfern“ auf der anderen? In dem Zusammenhang spielt auch die Umwidmung von Begrifflichkeiten eine Rolle.

Ein „Russland-Versteher“ war zu Zeiten der neuen deutschen Ost-Politik Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts in Regierungskreisen eher etwas Positives. Heute? Heute wird „Russland-Versteher“ abschätzig gebraucht und dient dazu, das, was derjenige sagt, von vornherein undiskutabel zu machen. Oder nehmen Sie als letztes Beispiel in dieser Reihe das Wort „Querdenker“. Ich kann mich noch gut an Zeiten erinnern, als dieser Begriff bei Stellenausschreibungen ein Qualitätsmerkmal war. Heute ist dieser schöne Begriff verbrannt.

Ich werde mit dem intensiveren Blick auf die Ukraine beginnen. Aber zuvor noch diese Bemerkung, denn es empfiehlt sich in Zeiten der Zeitenwende, ganz besonders darauf zu achten, Missverständnisse zu vermeiden. Wenn ich also im Folgenden das Verhalten des Westens kritisch betrachte und das werde ich tun. Dann heißt das nicht, dass ich im Umkehrschluss davon ausgehe, dass Russland alles richtig gemacht hat und lediglich das arme Opfer ist. Das sind nicht die Kategorien, in denen ich denke.

Aber da das Verhalten des politischen Westens in den sogenannten Leit-Medien eher nicht kritisch betrachtet wird, versuche ich das ein bisschen auszugleichen. Wenn ich dabei dann besonders die USA ins Visier nehme, dann hat das auch nichts mit Anti-Amerikanismus zu tun. Ganz im Gegenteil.

Mich faszinieren die Vereinigten Staaten von Amerika ähnlich wie Russland oder damals die Sowjetunion zu meiner Korrespondenten-Zeit und meine Erfahrungen mit U.S.-Bürgern bei meinen Reisen quer durch den Kontinent, die waren auch eher positiv. Und ich halte es für legitim, wenn ein Land in erster Linie seine Interessen verfolgt. Also, erst überlegt, in erster Linie an sich denkt, bevor man darüber nachdenkt, wie man das mit dem Wohl der Nachbarn verbinden könnte. Das ist alles in Ordnung. Ich versuche halt nur, Interessen auf den Grund zu gehen und mir nicht von vorgeschobenen, humanitären oder moralischen Deckmäntelchen die Sicht vernebeln zu lassen.

Mit anderen Worten, Dinge, so gut es geht, zu verstehen. Im Sinne von begreifen. Und das gilt natürlich auch für Russland. Etwas verstehen, etwas begreifen zu wollen. Und das muss nicht automatisch „Verständnis haben“ bedeuten. Und etwas erklären, analysieren hat auch nichts mit rechtfertigen zu tun. Das sind zwei verschiedene Dinge. Genug davon. Aber bitte, nehmen Sie das zur Kenntnis und vergessen es auch möglichst während der weiteren Ausführungen nicht.

Dann also zur Ukraine. Das Gebiet der heutigen Ukraine wurde nie ausschließlich von Menschen bewohnt, die sich als Ukrainer begriffen. Aufgrund der geographischen Lage und der sehr wechselvollen Geschichte gab es dort immer starke, ethnische und auch religiöse Minderheiten. Seien es Polen, Russen, Deutsche, Rumänen, Tschechen – oder eben Juden und Muslime.

Als die Sowjetunion entstand, existierte eine West-Ukrainische Volksrepublik auf dem ehemals habsburgischen Territorium nach dem Zusammenbruch von Österreich-Ungarn. Und eine Ukrainische Volksrepublik aus der Konkursmasse des russischen Reiches. Beide Republiken wurden in dieser Zeit sowohl von der im Entstehen begriffenen Sowjetunion bedrängt, als auch von Ländern wie Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei. Der größte Teil der heutigen Ukraine wurde dann, im Dezember 1922, zur Sowjetrepublik. Die Ukraine, wie wir sie heute kennen, existiert, wie gesagt, seit 1991. Da ist das zwangsläufig ein Problem mit der ukrainischen Identität.

Und dieses Problem löst sich nicht dadurch, dass man's ignoriert oder schön redet. Der Politikprofessor Nicolai Petro, der lehrt an der U.S.-amerikanischen Universität Rhode Island. Der hat ein bemerkenswertes Buch darüber geschrieben. Der hat, - das Buch heißt: „The Tragedy of Ukraine“ – die Tragödie der Ukraine. Und er befasst sich intensiv mit diesem Identitätsthema und vor allem mit dem innerukrainischen Streit darüber. Denn das ist nichts, was mit der 1991 selbständig gewordenen Ukraine begonnen hätte oder irgendwas mit russischer Einmischung zu tun hätte.

Die kämpferischen Auseinandersetzungen um ukrainische Identität, die sind gut 150 Jahre alt. Die galizischen und westukrainischen Intellektuellen hatten von dieser Identität eine ganz andere Vorstellung, als die im Osten oder Süden des Landes. Und dieser Streit ist nie wirklich beigelegt worden. Was man auch nicht vergessen darf: Das Drama, das sich während des 2. Weltkriegs in der Ukraine abgespielt hat. Ein Teil kollaborierte mit Hitler, ein Teil kämpfte auf Seiten der Roten Armee. Auf diese Weise fanden sich nach dem Ende des 2. Weltkriegs Sieger und Besiegte eben nicht in unterschiedlichen Staaten durch Grenzen getrennt wieder. Sondern innerhalb eines Landes.

Dessen Territorium sich auch noch ausdehnte. Die 1939 schon einmal in Besitz genommene polnische West-Ukraine, die kam jetzt endgültig hinzu. Ebenso einige kleinere rumänische und tschechoslowakische Gebiete. Also alles sehr kompliziert.

Professor Petro ist nicht der Einzige, der in dieser fehlenden gemeinsamen Identität den Nährboden für das Gezerre um die Ukraine sieht. Denn hätte es diese gemeinsame Identität gegeben, beziehungsweise, würde es sie geben, dann hätten weder Russland noch die EU mit ihrem Assoziierungsabkommen eine Chance gehabt, das Land auf eine Seite zu ziehen.

Und die Ukraine hätte ihre Brückenfunktion zwischen Ost und West, von der sie letztlich immer profitiert hat, ausbauen können. Der grundlegende ukrainische Fehler besteht meines Erachtens darin, diesem Gebilde, dem eine staatliche Kontinuität nun einmal fehlt, keine föderale Struktur gegeben zu haben. Und auch weiterhin nicht geben zu wollen. Das haben einige ukrainische Präsidenten in der Vergangenheit durchaus versucht, sind aber immer von nationalistischen Strömungen im Westen des Landes gebremst worden. Das lässt sich im Einzelnen belegen, das kann man nachlesen und das ist eben leider keine russische Propaganda.

Auf die fehlende staatliche Kontinuität der Ukraine hinzuweisen, hat überhaupt nichts damit zu tun, der Ukraine ihr Existenzrecht abzuspochen. Es hat allerdings eine Menge damit zu tun, tragfähige politische Lösungen zu finden. Und das funktioniert erfahrungsgemäß nur, wenn man die Geschichte berücksichtigt.

Denn man braucht stabiles Fundament, wenn man etwas haltbares aufbauen will. Es ist harte politische Arbeit, in dieser hochgradig komplizierten Gemengelage, eine friedliche Lösung fürs Zusammenleben zu finden. Und da die Ukraine nicht im luftleeren Raum schwebt, sondern geo-politisch eingebunden ist, wird's nochmal um ein Vielfaches komplizierter.

Und damit sind wir bei den Interessen. – Das Interesse der Ukraine müsste sein, sowohl nach Westen, sprich EU – als auch nach Osten, sprich Russland – gute Beziehungen zu unterhalten. Das hat der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch, der 2014 weggeputscht wurde und fliehen musste und an dem es viel zu kritisieren gibt – aber das hat Viktor Janukowitsch gut erkannt und hat versucht, zu lavieren.

Die Unterhändler der EU, Stichwort „Assoziierungsabkommen“, die haben das aber anders gesehen und - verkürzt gesagt – ihm die Pistole auf die Brust gesetzt: „Entweder DIE oder WIR“!

Ökonomisch wars jedenfalls für die Ukraine ein Wahnsinn, die Verbindungen zu Russland zu kappen. Es ging immerhin um zwei Drittel aller Exporte. Der bereits zitierte Nicolai Petro, der spricht von „Selbstmord-Ökonomie“. Und er führt das auch im Einzelnen auf. Jedenfalls habe die Kombination von Marköffnung Richtung Westen und Trennung von Russland der Ukraine nicht gutgetan. Weder finanziell, noch wirtschaftlich, noch demografisch.

Aber es war aus rein ideologischen Gründen angesagt, sich um jeden Preis, buchstäblich um jeden Preis von Russland abzuwenden. Die Ukraine ist mal mit etwa 52 Millionen Einwohnern in ihre Selbständigkeit gestartet, 1991.

52 Millionen. Wissen Sie, wieviel jetzt noch übrig sind? 37 Millionen. Etwa 37 Millionen. Wobei die dramatische Abwanderung 2014 begonnen hat. Wie groß das politische Interesse des Westens ist, war und ist, Einfluss auf die Entscheidungen der ukrainischen Regierung zu nehmen, mag man an den horrenden Summen ablesen, die da geflossen sind, aus den USA.

Da machen die U.S.-Amerikaner ja auch überhaupt keinen Hehl draus. Die nennen ja auch Zahlen. Sie haben ja auch keine Hemmungen, gewisse Aktivitäten „educational programs“ zu nennen, also „Erziehungsprogramme“, die man brauchte, um die Ukrainer zum Beispiel davon zu überzeugen, dass sie in der NATO besser aufgehoben sind.

Dafür gabs ja lange Zeit in der Ukraine überhaupt keine Mehrheit. Ganz im Gegenteil. Der neutrale Status der Ukraine, der war ja sogar in der Verfassung über Jahre verankert. Tja, im Namen der Demokratie lässt sich heutzutage ne Menge anstellen, was nichts mit demokratischem Denken zu tun hat, aber das wäre dann nochmal ein eigener Vortrag...

Weiter mit den Interessen. Was ist denn mit den Interessen der EU? Und mit den Interessen Russlands? Es

liegt, sachlich betrachtet, im Interesse der EU, gute Beziehungen zu Russland zu haben. Und im Interesse Russlands liegt es, sachlich betrachtet, gute Beziehungen zur EU zu haben. Wir sind nicht nur Nachbarn, wir sind natürliche Partner. Wir ergänzen uns. Genau das liegt aber überhaupt nicht im Interesse der USA. Ganz im Gegenteil. Es hat ja seinen Grund, warum man in U.S.-amerikanischen Dokumenten lesen kann, dass die einzige wirkliche Gefahr für die Vormachtstellung der USA, ein funktionierender eurasischer Kontinent ist. China spielt da nochmal eine spezielle Rolle.

Diese - aus U.S.-amerikanischer Sicht – Gefahr, die ist ja nun bis auf weiteres gebannt. Insofern, die Einzigen, die von der momentanen Situation profitieren, sind die USA.

Und die Waffenindustrie natürlich.

Für die USA ist es ein Erfolg. Ihr strategisches Ziel, dass schon, sachlich betrachtet, etwa seit 100 Jahren in offiziellen Papieren auftaucht, erreicht zu haben. Nämlich besagte gedeihliche Zusammenarbeit zwischen EU und Russland auf dem eurasischen Kontinent zu verhindern, beziehungsweise zu zerstören. Darüber hinaus werden sie endlich ihr umweltzerstörerisches Fracking-Gas los und haben die preiswerte Konkurrenz, die wir bequem vor der Nase hatten, ausgeschaltet.

In Deutschland sind die Energiepreise so hoch, dass es für viele Betriebe existenzgefährdend wird oder schon geworden ist. Und das nicht, weil Russland uns den Gashahn zugedreht hat, wie es Gebetsmühlenartig immer wiederholt wird. Sondern, weil wir vollmundig auf russisches Gas verzichtet haben, um nicht mit dazu beizutragen, die russische Kriegsmaschinerie am Laufen zu halten.

Das Verrückte ist, wir kriegen ja trotzdem russisches Gas. Nur über Umwege und um ein Vielfaches teurer.

Friedenspolitik – Politik für Frieden – ist im Grunde nichts anderes, als funktionierender Interessen-Ausgleich. Da geht's auch nicht um Moral, wie vielfach behauptet wird. Sogar Kamala Harris, die gegen Donald Trump ja die Präsidentschaftswahlen verloren hat, so- gar sie, eine Politikerin der Demokraten in den USA, so- gar sie hat auf der letzten Münchner Sicherheitskonferenz folgenden Satz gesagt – mit Blick auf amerikani- sches Engagement in Europa – sie hat gesagt: „Wir tun das nicht aus Nächstenliebe, sondern weil es in unse- rem strategischen Interesse liegt.“

Es wäre gut, wenn Deutschland und die EU mal anfan- gen würden, ihr strategisches Interesse zu formulieren. Da gibt es sicher Berührungspunkte mit den USA, oder Schnittmengen, wie man ja dazu oft sagt.

Aber es gibt eben auch in ihrer Bedeutung nicht zu un- terschätzende Unterschiede und die gilt es, herauszuar- beiten und deutlich zu benennen.

Das ist schwer genug, aber für Europa lebensnotwen- dig. Denn um uns herum bilden sich neue Allianzen von Ländern, die die europäisch-amerikanische Bevormun- dung satt haben, die nicht nur eigenes Selbstbewusst- sein entwickeln, sondern wirtschaftliche Stärke.

Die BRICS-Staaten, also Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika – die hatten Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts ein Weltbruttosozialprodukt von 10%. Das ist jetzt auf 35% gestiegen. Im Vergleich dazu, das der G7-Staaten ist im selben Zeitraum von 50% auf 30% gesunken. Also noch unter das der BRICS-Staaten. Wobei sich die Zahl 30% auf das Jahr 2022 bezieht. Man kann davon ausgehen, dass es noch etwas weniger geworden ist. Ist aber egal.

Der Trend ist entscheidend und „DIE“ gehen nach oben und „WIR“ gehen nach unten. Wäre es nicht intelligent, diese anderen Staaten, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch ernst zu nehmen?

Dafür spricht ja auch, dass die Bewerber bei den BRICS-Staaten Schlange stehen. Die Türkei hat sich auch beworben. Die Türkei ist NATO-Mitglied!...

Im Januar des nun bald zu Ende gehenden Jahres sind noch hinzugekommen als Mitglieder: Ägypten, Äthio- pien, der Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate. Und das I-Tüpfelchen: Das letzte Gipfeltreffen der BRICS Plus fand ausgerechnet in Russland statt. In Ka- zan.

Nur jemand mit eurozentristischem Blick und einer gewissen Arroganz kann behaupten, Russland sei isoliert. Jetzt werden Weichen gestellt. Mit weitreichenden Konsequenzen.

In einer Demokratie, die diesen Namen verdient, muss darüber offen und angstfrei debattiert werden. Dazu passt eine Aussage von Alfred de Zayas, U.S.-amerikanischer Völkerrechtler und ehemaliger U.N.-Beamter im Menschenrechtsrat – und da war er zuständig für – ich zitiere: „Die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung“. Was für eine schöne Aufgabe.

Er hat gesagt: Sowohl Amerikaner wie auch Europäer haben kein Recht, das Überleben des Planeten wegen einer innereuropäischen Querele aufs Spiel zu setzen. Für den durchschnittlichen Afrikaner, Asiaten oder Latein-Amerikaner ist es völlig unerheblich, ob die Krim zu Russland oder zur Ukraine gehört. Darüber dürfe sich niemals ein Atom-Krieg entfachen.

Zur sinnvollen Blickwinkel-Erweiterung gehört eben auch, sich klarzumachen, wie viele Millionen und Milliarden Menschen in anderen Teilen der Welt sitzen – mit völlig anderen Interessen – und nicht so zu tun, als hätten „WIR“, was immer das genau ist, die Deutungshoheit über globale Prozesse.

Wobei das gar nicht so einfach ist – mit Blick auf die EU – einheitliche Interessen zu benennen. Das lässt sich an verschiedenen Ländern durchdeklinieren.

Deutschland, zum Beispiel, hat außenpolitisch ganz sicher andere Interessen als etwa Estland. Und weil wir gerade dabei sind: Nach meiner Einschätzung war es einer der größten Fehler, den neu hinzugekommenen EU-Mitgliedern wie Polen und baltischen Staaten immer mehr das Sagen in der europäischen Außenpolitik gegenüber Russland überlassen zu haben.

Moskau funktioniert für die genannten Länder immer noch als Synonym für Sowjetunion. Und schlimme Erinnerungen, schlimme kollektive Erinnerungen an so-wjetische Zeiten. Das ist zwar menschlich verständlich, aber so macht man keine zukunftsorientierte Politik. Insofern, wie unintelligent muss man eigentlich sein, die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas, eine gnadenlose Scharfmacherin, zur neuen EU-Außenbeauftragten zu machen, statt nach jemand Ausschau zu halten, der noch weiß, wie Diplomatie geht?

Ich habe neulich aufgeschnappt, wie jemand gesagt hat, etwas sei „mental leicht überschaubar“. Das ist auch ne Möglichkeit, höflich auszudrücken, was man eigentlich „dumm“ nennen müsste. Das Tragische dabei – und schon wieder sind wir bei der Tragik. Das ursprünglich recht gute Verhältnis zwischen EU und Russland wurde durch die Ost-Erweiterung der EU nicht verbessert oder wenigstens stabilisiert, sondern nachhaltig ruiniert.

Und dazu brauchte es auch nicht die Ereignisse in der Ukraine 2014. Das begann schon etwa 10 Jahre früher.

Was ich von der EU erwartet hätte, ist, dass man in Brüssel die historisch verständlichen Ängste von Polen, Esten, Letten, Litauern und die historisch verständlichen Ängste Russlands, Stichwort „Sicherheitsarchitektur“, dass man diese unterschiedlichen Ängste aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen austariert. Und dass man politische Analyse betreibt, statt zu ideologisieren oder zu moralisieren.

Jetzt Stichwort „Sicherheitsarchitektur“: Die letzten Jahrzehnte haben uns ja nicht nur eine Ost-Erweiterung der EU gebracht, sondern auch eine der NATO. Und was die Ost-Erweiterung der EU betrifft, um da auch keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, vom Grundsatz her: Super Idee! – Nur die Umsetzung hat nicht wirklich funktioniert. Also, die letzten Jahrzehnte haben uns eben zusätzlich auch eine Ost-Erweiterung der NATO gebracht. Die NATO Ost-Erweiterung ist – meiner Ansicht nach – einer der größten Fehler seit dem Ende des 2. Weltkriegs. Das hat unter anderem auch der langjährige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher so gesehen.

Und sogar George Cannon – im Grunde der Architekt amerikanischer Eindämmungspolitik – der hat damals gesagt – und ich zitiere wörtlich: „Ich denke das (also die NATO-Ost-Erweiterung) – Ich denke das ist ein tragischer Fehler. Es gab überhaupt keinen Grund dafür. Niemand bedroht irgendjemanden.“

Und etwas weiter heißt es bei ihm: „Natürlich wird es darauf zukünftig eine böse Reaktion durch Russland geben. Und dann werden sie (die NATO-Osterweiterer) sagen: So sind die Russen! Wir haben es Euch immer gesagt! – Aber das ist komplett falsch. – George Cannon! Den man meines Wissens nicht mit der heutigen Bedeutung des Begriffs „Russland-Versteher“ in Verbindung bringt.

Mit der NATO-Perspektive für die Ukraine, also dem unmittelbaren Nachbarn, mit darüber hinaus ganz besonderer Bedeutung, historischer und emotionaler Bedeutung – für Russland und für die Russen. Mit der NATO-Perspektive für die Ukraine war dann die Schmerzgrenze überschritten. Man könnte so weit gehen, zu sagen, die NATO hat sich ihr Russland-Problem selbst geschaffen.

Das Sicherheitsbedürfnis Russlands wird auf der politischen Agenda des Westens eher ins Lächerliche gezogen. Ne, nach dem Motto: „Dieses Riesenland – wer soll denn das bedrohen? Denen geht's ja nur um Imperialismus“..

Dabei genügt ein Blick auf die Landkarte. Und einer in Strategie-Papiere und Plan-Spiele, in denen die Aufspaltung Russlands angestrebt wird, sowie ein Regime-Wechsel in Moskau, um zu einer anderen Schlussfolgerung zu kommen oder sie zumindest gedanklich mal zuzulassen.

Ein entscheidender sicherheitspolitischer Unterschied zwischen den USA und Russland besteht schlicht in der Geografie. Die USA haben westlich und östlich ihres Landes große Ozeane vor der Tür. Im Norden grenzen sie an Kanada (NATO-Mitglied) und im Süden an Mexiko, von dem aus sicherheitspolitisch für die USA sicher kein Risiko ausgeht.

Bei Russland sieht das ganz anders aus. Russland sitzt auf einer riesigen Landmasse mit etwa 20.000 km Landgrenze, die über weite Strecken schwer zu verteidigen ist. Wer es ganz genau haben möchte: Es sind 22.125 km.

Russland hat 14 Nachbarn – nicht 2!.. – mit denen die Beziehungen teilweise schwer belastet sind. Sicherungstechnisch, also qualitativ eine ganz andere Aufgabe, die selbstredend auch zu anderen Befindlichkeiten führt. Was man auch nicht vergessen sollte – ich hab' es ja eben schon mal angedeutet – Russlands historisch gewachsenen Ängste. Da gabs ja einige Angriffe auf das Land.

Angefangen von Napoleon, 1812, bis zum deutschen Überfall, 1941. Einige Attacken sind ja schon gar nicht mehr im westlichen Bewusstsein. Wie die Aggressionen Polens, nach dem 1. Weltkrieg. Oder die massive westliche Einmischung in den russischen Bürgerkrieg. Allen voran, Großbritannien und Frankreich. Russische Ängste und Bedrohungsgefühle haben also einen realen Hintergrund, der das absolute Kontrastprogramm zu den USA darstellt.

Allein auf Grund dieser Kombination, historischer Erfahrung und geografische Lage, stellt sich für Russland die Bedrohungssituation ganz anders dar. Und wegen der hohen Zahl amerikanischer Militär-Stützpunkte rund um die Welt lässt sich mit Fug und Recht sagen: Die NATO hat Russland eingekreist und rückt jetzt eben auch von Westen her immer näher an russische Landesgrenzen.

Nur mal zum Vergleich: Russland betreibt 11 Militär-Stützpunkte außerhalb des eigenen Landes, davon 9 in unmittelbarer Nähe Russlands. Die USA betreiben fast 800 Militär-Stützpunkte in über 70 Ländern dieser Welt!

Wer bedroht hier eigentlich wen?

Und dabei spielt es keine große Rolle, ob eine Bedrohung tatsächlich vorliegt oder sie nur als solche wahrgenommen wird. Das reicht, um die Grundlage eines friedlichen Nebeneinanders oder gar Miteinanders zu zerstören.

Die Grundlage wäre nämlich ein Minimum an Vertrauen. Wo soll das in der Situation denn herkommen?

Dazu passt ja auch die Aufkündigung fast sämtlicher Abrüstungsverträge, die zum Teil historische Ausmaße hatten.

Wenn man nur daran denkt, dass es tatsächlich gelungen war, mit dem INF-Vertrag eine ganze Waffen-Kategorie nicht nur zu beschränken, sondern abzuschaffen, zu vernichten.

Nicht Moskau hat diese Verträge gekündigt. Das waren schon die USA.

In dem Zusammenhang empfiehlt sich mal wieder ein Blick auf die Chronologie, nämlich die der gegenseitigen Vorwürfe: Wer? Wann? entsprechende Verträge verletzt haben soll.

Die immer wieder angeführten russischen Iskander-Raketen in Kaliningrad, die waren eine Gegenmaßnahme auf das von den USA in Polen und Rumänien stationierte Raketen-Abwehrsystem. Von dem man wissen muss, dass es technisch relativ einfach ist, daraus ein Angriffssystem zu machen. Das ist alles nicht so schwarz-weiß, wie es oftmals suggeriert wird.

Jetzt werfen wir mal einen Blick auf Präsident Selenskyj, der kürzlich bei der UNO, in New York und auf seiner Europareise mit seinem Siegesplan von sich reden machte.

Nicht einem Friedensplan – mit seinem ‚Siegesplan‘.

Was die meisten auch nicht mehr auf dem Schirm haben, ist die Tatsache, dass Selenskyj die Präsidentschaftswahl damals, 2019, mit dem Versprechen gewonnen hat, für Frieden zu sorgen.

Denn das ist ein weiterer Punkt, der in Vergessenheit zu geraten scheint. Der Krieg in der Ukraine hat ja nicht mit dem russischen Einmarsch am 24. Februar 2022 begonnen, sondern bereits 2014 mit der sogenannten „Anti-Terror-Operation“ Kiews gegen die ‚abtrünnigen‘ Gebiete im Osten der Ukraine.

Und um auch das nochmal ins Gedächtnis zu rufen: Diese östlichen Gebiete, die wollten ja lange überhaupt nicht raus, aus der Ukraine. Sie wollten lediglich den Umsturz in Kiew nicht mitmachen, der für sie nichts Gutes verhiess. Und man forderte mit Nachdruck das, was man auch lange vor den Maidan-Unruhen immer gefordert hatte, nämlich mehr Autonomie-Rechte innerhalb der Ukraine. Erst sehr viel später war von Separation, von Trennung die Rede.

Doch statt Gesprächsbereitschaft aus Kiew kam als Antwort die „Anti-Terror-Operation“. Die nicht anderes bedeutete, als Krieg.

Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass diese Auseinandersetzungen von Russland instrumentalisiert worden sind. Und die Russen haben dann ja auch militärisch unterstützt. Aber der Ausgangspunkt war ein absolut innerukrainischer, der innerukrainisch hätte gelöst werden können – und müssen. Der Krieg in diesen Gebieten hat uns im Westen allerdings weniger interessiert, trotz der insgesamt etwa 14.000 getöteten Zivilisten bis zum russischen Einmarsch und trotz der regelmäßigen Berichte der OSZE. Da gabs auch zerfetzte Menschen und getötete Kinder.

Und diesen Krieg wollte Selenskyj beenden. Was ihm offensichtlich nicht gelungen ist. Der Druck war zu stark.

Die extreme Rechte in der Ukraine spielt eine maßgebliche Rolle im öffentlichen Diskurs. Und das, obwohl sie im Parlament nicht besonders stark vertreten ist. Das ist ja oftmals das Argument derjenigen, die das alles für aus der Luft gegriffen halten und für russische Propaganda. Aber die extreme Rechte gehört zur vorherrschenden intellektuellen Elite und bestimmt so den Ton in der Politik. Und der ist alles andere, als russlandfreundlich, um es dezent zu formulieren.

Da gibt's auch schon mal Aufrufe, Russen an der nächsten Laterne aufzuknüpfen. Und in vielen Orten patrouilliert eine Sprachpolizei durch die Straßen, um zu kontrollieren, damit auch ja niemand russisch spricht. Selenskyj hatte und hat es mit einem Verwaltungsapparat zu tun, der die harte Rhetorik der extremen Rechten ganz ungeniert und offen aufgreift. So formuliert das Nicolai Petro. Der Selenskyj heute ist ein anderer als damals, zu Beginn seiner Amtszeit. Wenn man zum Beispiel bedenkt, dass er der Ukraine per Erlass verboten hat, mit Putin zu verhandeln. Noch mehr Realitätsverlust geht nicht. Und je mehr die Ukraine unter Druck steht, militärisch, wirtschaftlich, finanziell, um so mehr bestimmt nicht die Ratio sein Verhalten. Sondern die Panik.

Es ist ja auch kein Geheimnis, dass Selenskyj und seine Getreuen alles tun, um die NATO in diesen Krieg hineinzuziehen. Es könnte ihm dämmern, dass man – ähnlich wie bei Netanjahu – nach diesem Krieg keine Verwendung mehr für ihn hat.

Was mich so schockiert, ist, dass namhafte Personen aus Politik, Wissenschaft und Medien, Personen, die es besser wissen müssten, nach wie vor behaupten, es sei das Ziel Russlands, die ganze Ukraine zu besetzen oder sie auszulöschen. Welchen Sinn sollte das haben und wie realistisch ist das überhaupt?

Man kann Putin alles Mögliche vorwerfen, nur keinen Mangel an Verstand und strategischem Denken. Man muss doch nur mal die Gebiete der Ukraine und der DDR vor seinem geistigen Auge nebeneinanderstellen, um zu sehen, dass es selbst für so ein großes Land wie Russland nicht möglich sein wird, so ein Territorium dauerhaft zu besetzen. In der DDR waren es zum Schluss knapp 350.000 Soldaten, die dauerhaft stationiert waren. (Am Anfang waren es eine halbe Million..)

Und mit Blick auf Sabotage oder ähnliches war ja auch in der DDR nie etwas andere Situation, als es in der Ukraine wäre. Es gibt ja auch nicht wenige Experten, die Zeitschienen entwickeln, nach denen die Russen in 5 Jahren in Berlin stehen, nachdem sie sich vorher Polen und die baltischen Staaten geholt haben.

Wer sich intensiver mit diesen Fragen beschäftigt, der wird zwangsläufig zu dem Schluss kommen, dass es sich weniger um eine nüchterne Lage-Analyse handelt, sondern dass da was ganz anderes im Spiel ist.

Wenn die enormen Kraftanstrengungen fortgesetzt werden sollen, um die Ukraine im Krieg gegen Russland finanziell und mit Waffen zu unterstützen, ja dann muss die Angst vor einem russischen Angriff über die Ukraine hinaus geschürt werden, damit die Bevölkerung das alles ohne zu murren mitmacht.

Zu diesem Komplex passt ja auch die Behauptung, unsere Demokratie, unsere Freiheit würde in der Ukraine verteidigt. Das stimmt diesmal genau so wenig, wie es damals in Afghanistan gestimmt hat, als es hieß, unsere Freiheit, unsere Demokratie würde am Hindukusch verteidigt.

Es finden sich leider immer wieder Beispiele in der Geschichte, die zeigen, dass Freund-Feind-Bilder und die Dämonisierung des Gegners dazu dienen, ein ganzes Volk kriegsbereit zu machen. Unser Verteidigungsminister, der heißt ja nicht „Kriegsminister“, unser Verteidigungsminister benutzt zunehmend die Begriffe „kriegsbereit“ und „kriegstüchtig“, statt „wehrhaft“ und „verteidigungsfähig“. Das unterläuft ihm ja nicht aus Versehen.

Eine systematische, chronologische Betrachtung – es ist immer wieder wichtig – eine systematische, chronologische Betrachtung russischer Aussagen und russischer Politik läuft immer wieder darauf hinaus, dass es Moskau um einen angemessenen Platz in einer neuen Sicherheitsarchitektur ging und geht. Die nötig wurde, nachdem die Ost-West-Konfrontation Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts überwunden war. So schien es zumindest damals.

Nach der Auflösung des Warschauer Paktes hätte sich die NATO sinnvollerweise umgestalten sollen. Dazu gabs ja auch konkrete Pläne, die zeitweise sogar eine Mitgliedschaft Russlands nicht mehr ausschlossen. Statt dessen hat sich die NATO nur nach Osten ausgelehnt.

Und was ursprünglich mal als Verteidigungsbündnis konzipiert worden war, wandelte sich durch das Programm der „Out-Of-Area“-Einsätze zu einer Eingreiftruppe. Die, siehe Serbien und Irak, nicht mal mehr sich an die UNO und an den Sicherheitsrat gebunden fühlte.

Vielleicht ist es ganz hilfreich, das alles mal aus russischer Perspektive zu betrachten. Da sich dieser Krieg auf europäischem Boden abspielt, sollte man erwarten, dass Deeskalationspläne, Vermittlungsbemühungen, Pläne für danach, - dass die aus europäischen Ländern kommen. Kommen sie aber nicht.

Wenn man von den Aktivitäten des ungarischen Präsidenten Orbán absieht, der seine EU-Ratspräsidentschaft benutzt hat, um eine intensive Reise-Diplomatie zu beginnen, die vom Rest der EU sabotiert wurde. Man muss kein Freund Orbáns sein, um festzustellen, dass das keine seiner schlechtesten Ideen war. Wenn ich das kurz zwischenschieben darf – an dieser Sache lassen sich nämlich beispielhaft gewisse Defizite in der Berichterstattung deutlich machen. In den Nachrichten einer öffentlich-rechtlichen Anstalt hieß es: „Orbán traf sich mit Putin, Xi und Trump.“ Der ukrainische Präsident Selenskyj, bei dem er zu allererst war, taucht in dieser Aufzählung gar nicht auf. Warum? Weil er die „Reihe der Bösewichte“ stören würde?

Ganz gleich, ob das versehentlich oder absichtlich passiert ist – durch so etwas wird allein die Idee, zu einer Lösung zu kommen, verächtlich gemacht. Denn was kann man von Putin, Xi und Trump schon erwarten?...

Zurück zu den Deeskalationsplänen, beziehungsweise Ausstiegsplänen: Es müsste im ureigenen europäischen Interesse sein, solche Konzepte und Pläne zu entwickeln. Aber diese Initiativen gehen eben nicht von Deutschland oder von der EU aus, sondern von China, von Brasilien, von afrikanischen Staaten. Dabei wären diese Länder weit vom Schuss, wenn das hier aus dem Ruder läuft..

Da würden Deutschland und die umliegenden Staaten zum Schlachtfeld, nicht China oder Brasilien – und auch nicht die USA.

Apropos Schlachtfeld: Man kann zur Zeit keinen Vortrag über Russland und die Ukraine halten, ohne auf das für 2026 geplante Raketen-/diese Raketen-Stationierung in Deutschland zu sprechen zu kommen.

Die einen sind fest davon überzeugt, dass es unsere Sicherheit erhöht, die anderen denken, dass das Gegenteil der Fall ist. Es wird Sie nicht wundern, dass ich zu denen gehöre, die diese Pläne für hochgradig gefährlich halten. Und ich möchte im Folgenden darlegen, warum.

Ob Sie das dann genauso sehen, das ist ja Ihre Sache. Das Stationierungsthema hat mindestens 2 Aspekte. Einen waffentechnischen beziehungsweise sicherheitspolitischen und einen demokratischen.

Und ich beginne mit dem demokratischen. Beim NATO-Doppelbeschluss von 1979 – der eine oder andere, wenn ich auf die Haarfarbe gucke, wird sich dran erinnern.. – beim NATO-Doppelbeschluss von 1979, als es um die Aufstellung von Mittelstrecken-Raketen in Europa – nicht nur in Deutschland – ging.

Da gab es eine intensive parlamentarische und gesellschaftliche Debatte. Selbst in der NATO wurde darüber kontrovers debattiert. Und es dauerte 4 Jahre, bis das Parlament der Aufstellung der Pershings zustimmte, begleitet von den größten Demonstrationen, die Deutschland je erlebt hat.

Heute, heute sieht die Sache anders aus. Sozusagen, aus heiterem Himmel wird am Rande des NATO-Gipfels am 10. Juli in Washington eine gemeinsame Erklärung der USA und Deutschlands veröffentlicht und ich zitiere: „Die Vereinigten Staaten von Amerika werden, beginnend 2026, als Teil der Planung zu deren künftiger dauerhafter Stationierung zeitweilig weitreichende Waffensysteme ihrer Multi-Domain-Taskforce in Deutschland stationieren. Diese konventionellen Einheiten werden bei voller Entwicklung SM6 Tomahawks und derzeit in Entwicklung befindliche Hypersonische Waffen (also Überschall-Waffen) umfassen. Diese werden über deutlich größere Reichweite, als die derzeitigen landgestützten Systeme in Europa verfügen.“

Abgesehen davon, dass es über diese Stationierungsentscheidung eben keine Debatte gab und auch nicht wirklich gibt, tauchen diverse Fragen auf: Wieso diesmal nur Deutschland?

Anfang der 80er Jahre wurden die Pershings, wenn ich nicht irre, auf 5 verschiedene europäische Länder verteilt. Wer hat denn die Befehlsgewalt? Die USA allein? Hat Deutschland wenigstens ein Veto-Recht oder stehen die Dinger nur bei uns? Und es kommt noch etwas hinzu. Obwohl der Eindruck erweckt wird, als handle es sich um eine gemeinsame Entscheidung, es war ja schließlich auch eine gemeinsame Erklärung, stellt sich bei näherem Hinsehen etwas ganz anderes heraus.

Die genauen Details hat der Kollege Wolfgang Lieb akribisch zusammengetragen. Ich, ich nenne Ihnen jetzt hier mal grob die entsprechenden Fakten.

Schon unter Obama – an der Stelle kann ich mir nie verkneifen, darauf hinzuweisen, dass es sich um einen Friedensnobelpreisträger handelt. Schon unter Obama haben sich die USA grundsätzlich für eine derartige Stationierung entschieden. Ab 2017, also unter Trump, wurde mit dem Aufbau einer militärischen Verbandsstruktur der U.S.-Armee begonnen und (und das ist der springende Punkt) seit dem 13. April 2021, also lange vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine, seit dem 13. April 2021 laufen die konkreten Vorarbeiten. Da nämlich, wurde entschieden, eine von 5 Multi-Domain-Task-Forces in Wiesbaden zu stationieren.

Mit anderen Worten, ich zitiere den Kollegen Lieb: „Es handelte sich also um eine von langer Hand vorbereitete einseitige Entscheidung der USA. Die Verquickung mit dem russischen Angriff auf die Ukraine dient eher dazu, mit der Angst vor Putin eine öffentliche Diskussion zu lähmen oder zu unterbinden.“

Dem ist nichts hinzuzufügen und den ausführlichen Artikel kann ich nur empfehlen. Wenn wir jetzt mal wieder einen Perspektivwechsel vornehmen und das Ganze aus Moskauer Sicht betrachten.

Durch die Hyperschall-Waffen – 17-fache Schallgeschwindigkeit – (kann sich das noch einer vorstellen?)

Durch die Hyperschall-Waffen wird die Vorwarnzeit drastisch reduziert. Was folgt denn dann strategisch daraus? Ob Moskau das in der derzeitigen angespannten Lage als defensive Maßnahme des Westens begreift? Oder doch eher als Vorbereitung eines Überraschungsangriffs. Und wenn damit zu rechnen ist, wäre es dann aus Moskauer Sicht nicht besser, dagegen präventiv vorzugehen?

Ganz gleich, ob präventiv oder als Vergeltungsschlag, es wird sich in dicht besiedeltem deutschem Gebiet abspielen. Mir erschließt sich jedenfalls nicht, wie sich durch diese Aktion unsere Sicherheit erhöhen soll. Und offen gestanden – ich begreife auch nicht, dass die Menschen bei uns nicht massenhaft auf die Straße gehen, um sich dagegen zu wehren.

Die junge Generation, für die Frieden offenbar etwas Selbstverständliches geworden ist. Das kann man ihr gar nicht mal vorwerfen. Aber die ist dermaßen auf Klimawandel fixiert, das für das Thema „Krieg und Frieden“ kein Platz ist. Nach den Ergebnissen der aktuellen Schell-Studie gibt's da gerade Verschiebungen.

Das Umwelt-Thema ist etwas nach unten gerutscht und die Sorge um den Frieden ist tatsächlich auf Platz 1 gelandet. Mal sehen, ob und wie sich das im Verhalten niederschlägt.

Jedenfalls sollte allen klar sein: Wenn das mit dem Frieden nicht funktioniert, schon gar angesichts der Nuklear-Waffen, dann ist das mit dem Klima auch schon egal.

Wie man sieht, geht es um, im wahrsten Sinne des Wortes, existenzielle Fragen. Müsste darüber nicht offen und öffentlich debattiert werden? Wie weit gehen wir denn in der Unterstützung der Ukraine, wenn wir damit den eigenen Interessen schaden?

Nicht nur wirtschaftlich. Denn die verhängten Sanktionen schaden uns ja weit mehr, als demjenigen, dem sie eigentlich schaden sollen. Also, wie weit gehen wir denn? Nicht nur wirtschaftlich, sondern mit Blick auf Krieg und Frieden.

Was ist denn mit dem Eid, den Bundeskanzler und Minister feierlich bei Amtsantritt ablegen: „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“? Was ist denn mit dem Friedensgebot im Grundgesetz? Das kann man nachlesen. Das steht da.

Was ist mit den Prinzipien, die in der UN-Charta festgelegt werden – wurden? Diese Debatten finden in der sogenannten Mitte der Gesellschaft eher nicht statt. Ich halte das nicht nur für einen Fehler, sondern für Systemgefährdend. Denn es führt zur Aushöhlung demokratischen Denkens und das sollten wir uns in Deutschland, nach unserer Vorgeschichte, vielleicht nicht leisten.

Unsere Demokratie wird nicht in der Ukraine verteidigt. Das ist nur eine besonders hinterhältige Form, um Kriegseinsätze zu rechtfertigen und moralischen Druck aufzubauen. Der Kampf um unsere Demokratie.. Die findet schon in den eigenen Landesgrenzen statt und da ist, weiß Gott, genug zu tun.

Ich habe den Eindruck, dass sich die Mehrheit in unserer Gesellschaft, schon gar die schweigende, weniger Kriegsrhetorik und mehr diplomatische Ansätze wünscht. Das sie nichts von dieser Ausschluss- und Verweigerungstaktik hält. Nach dem Motto: „Ja, man kann ja erst reden, wenn diese oder jene Vorbedingung erfüllt ist. Und mit Putin kann mal schon mal gar nicht reden.“

Menschen haben in der Regel ein feines Gespür für Symbol-Politik und wünschen sich eher konstruktive Aktivitäten, als Verweigerung. Das ist zumindest mein Eindruck.

Auf derselben schiefen Ebene befindet sich – meiner Ansicht nach – die politische Agenda der westlichen Wertegemeinschaft, wenn sie eine Koalition aller Demokratien gegen die Autokratien dieser Welt schmieden will. Also Konfrontation. Als ob die Zeit der Ost-West-Konfrontation nicht gezeigt hätte, dass Konfrontation nichts bringt. Außer hohen Kosten und ebensolchen Risiken.

Die BRICS-Staaten, die haben das offenbar besser begriffen. Jetzt auf der Tagung in Kazan, Ende Oktober, da war ganz deutlich das Bemühen zu spüren, sich der Konfrontation zu entziehen. Die haben sich nicht als direkten Kampftrupp gegen den Westen positioniert. Allerdings deutlich gezeigt: Wir sind da! Uns gibt's!

Wichtig ist doch vielleicht auch die Frage, warum gibt's die BRICS-Staaten denn überhaupt, wenn der Westen so attraktiv ist?

In der Berichterstattung war bei uns jedenfalls durchgängig fast schon eine beleidigende Geringschätzung zu spüren. Da war von Selbsthilfe-Gruppe die Rede und in den Nachrichten der Öffentlich-Rechtlichen hieß es fast durchgängig die „sogenannten“ BRICS-Staaten. Nach der Logik müssten wir eigentlich auch sagen: die „sogenannte EU“ und die „sogenannte NATO“. Ich bin ziemlich sicher, den meisten fällt sowas überhaupt nicht mehr auf, weil diese westliche Überheblichkeit so ‚normal‘ geworden ist.

Und die journalistische Denke wird immer eindimensionaler.

Wenn die erste Frage der Moderatorin an den Kollegen vor Ort in Kazan lautet: „War der Gipfel ein Triumph für Putin?“ Wie unwichtig ist das denn?! Die erste Frage hätte lauten müssen: „Was ist denn dabei herausgekommen? Wo sind die sich denn einig? Wo gibt's da Differenzen?“

Was haben die für strategische Ziele?“ Oder auch Fragen nach der Atmosphäre, nach dem Drumherum in Kazan.

Bei der abschließenden Presse-Konferenz waren zum Beispiel keine Fragen von Journalisten geplant. Und Putin hat sie trotzdem zugelassen. Wofür haben wir denn Sender wie Phoenix? Hätte man doch übertragen können. Dann kann sich jeder seine eigene Meinung darüber bilden, was da geboten wird. Aber genug davon.

Die Diskussionen in Politik und Medien haben etwas beengtes. Sie drehen sich in erster Linie um Effizienz und Durchschlagskraft von Waffen-Systemen. Es wird in Kategorien von „Sieg“ und „Niederlage“ gedacht. Es wird von wertegeleiteter Außenpolitik gesprochen, die offenbar kein Problem damit hat, die Opfer – je nach Täter – als „Kriegsverbrechen“ oder „Kollateralschaden“ zu verbuchen. Es reicht nicht, einen militärischen Plan zu haben. Ein politischer Plan muss her. Und der fehlt.

Um darüber substanziell zu diskutieren, ist es nötig, belastbare Grundlagen zu liefern. Sowohl in den Medien als auch in der Wissenschaft. Es ist nötig, auch wenn es schwerfällt, politische Analyse nicht durch Moral ersetzen zu wollen. Ich verstehe ja, dass es einen Unterschied macht.

Nicht nur für Politiker – auch für Journalisten. Ob man von Leid und Zerstörung nur liest, hört, Videos sieht oder ob man mittendrin steht, alles 3-dimensional wahrnimmt, Verbranntes oder Verwestes riecht, Gefühle entwickelt, die sich kaum gegen Rachedgedanken wehren können, weil das alles so unerträglich ist. Wut, Empörung – all das ist zutiefst menschlich.

Aber eine Katastrophe, wenn daraus journalistische oder politische Kategorien werden. Also, es ist nötig, politische Analyse nicht durch Moral ersetzen zu wollen. Weiter ist es nötig, Wissenschaft und Aktionismus auseinander zu halten. Und denjenigen Einhalt zu gebieten, die ihre persönlichen Ansichten mit dem Gütesiegel von Wissenschaftlichkeit versehen, obwohl sie selbst in dieser Angelegenheit nie geforscht haben.

Es ist nötig, Räume zu schaffen, in denen um die besten und praktikabelsten Lösungen gestritten werden kann. Da ist ja durchaus nicht immer identisch, leider, das Beste und das Praktikabelste. Aber dazu ist es nötig, wieder mit dem Begriff „Respekt“ zu operieren. Seinem Gegenüber bis zum Ende des Gedankens zuzuhören. Selbst, wenn man sich nicht leiden kann.

Mit Engagement überzeugen zu wollen, aber eben auch die innere Bereitschaft und Größe zu haben, sich selbst überzeugen zu lassen.

Ich habe ja schon mehrfach von Tragik gesprochen. Unter anderem eben im Zusammenhang mit der bedauerlichen Entwicklung der EU.

Der Begriff „Tragik“ drängt sich leider immer wieder auf. Denken Sie an die optimale Ausgangslage Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Als die Sowjetunion die Abrüstung angestoßen hat. Das war die Sowjetunion. Nicht der Westen.

Als die Sowjetunion die Abrüstung angestoßen hat, als sie sich nach Westen vollständig geöffnet hat, als Michail Gorbatschow seine Ideen zum Aufbau eines gemeinsamen europäischen Hauses dargelegt hat. Das diese optimale Ausgangssituation nicht genutzt wurde, das kann man durchaus als tragisch bezeichnen. Aus meiner Sicht ist das eine verpasste Jahrhundertgelegenheit.

Mit Blick auf den derzeitigen Krieg hat sich eine weitere verpasste Gelegenheit tragischen Ausmaßes etwa 4 Wochen nach dem russischen Einmarsch abgespielt. Sie erinnern sich vielleicht: Durch Vermittlungen des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Bennett kam es in Istanbul zu Verhandlungen, die erfolgreich verliefen. Die noch nicht alles geklärt hatten, aber die Richtung war klar. Und der Wille, die Streitpunkte diplomatisch zu klären. Selbst das komplizierte Thema „Krim“.

Und das Ganze ist nicht an Russland gescheitert. Sondern daran, dass ein Ende des Krieges zu dem Zeitpunkt nicht im Interesse der westlichen Staaten-Gemeinschaft lag.

Das war das Ergebnis eines NATO-Sondergipfels in Brüssel am 24. März 2022 und Boris Johnson, der damalige britische Premier hat das bei seinem Blitzbesuch in Kiew am 9. April seinem ukrainischen Amtskollegen deutlich gemacht. Und die Begründung hat der amerikanische Verteidigungsminister Lloyd Austin geliefert.

Der hat gesagt: (kann man auch nachlesen/nachhören) – „Wir müssen die Gelegenheit nutzen, Russland durch diesen Krieg auf Dauer, militärisch und wirtschaftlich zu schwächen.“

Es ging also nicht in erster Linie um das Wohlergehen der Ukraine. Damit war alles, was bis dahin erreicht worden war, Makulatur. Und vor diesem Hintergrund muss man auch die teilweise dreisten Forderungen des ukrainischen Präsidenten und seiner Regierung beziehungsweise seines diplomatischen Personals nach immer mehr Waffenhilfe verstehen. Ist doch klar: „Wenn Ihr westliche Staaten damals das Ende des Krieges nicht haben wolltet, ja dann helft uns jetzt gefälligst, das durchzustehen!“

Eine tragische Fehlkalkulation auf westlicher Seite, wo man sowohl die Widerstandskraft Russlands als auch das eigenständige Denken und Handeln des globalen Südens offenbar unterschätzt hatte. Die Tragik der Ukraine bemisst sich also nicht nur im unermesslichen Leid der Menschen und in der unbeschreiblichen Zerstörung dieses wunderschönen Landes, sondern auch darin, dass eine intelligente Politik nach allem, was man weiß, dass alles hätte verhindern können, wenn man

sie denn gelassen hätte. So aber gibt es hunderttausende von Toten, Verletzten, Traumatisierten, eine große Zahl von Vertriebenen und Flüchtlingen. Und ein gnadenlos zerstörtes Land, das an den interessanten Stellen jetzt von westlichen Investoren aufgekauft wird. Wer den Ukrainern wirklich helfen will, der muss dafür sorgen, dass dieser Krieg aufhört!

Dass nach fast 3 Jahren Abnutzungskrieg, was für ein perverser Begriff, dass das nach fast 3 Jahren Abnutzungskrieg für die Ukraine schlechter ausgeht, als zu Beginn, Stichwort: „Istanbul“, das ist auch tragisch – und ziemlich traurig. Aber das war abzusehen.

Nach allem, was man hört, scheint es immer mehr Ukrainern zu dämmern, dass sie auf dem Altar geopolitischer Interessen geopfert wurden und werden. Selbst in ukrainischen Umfragen wird die Zahl der Menschen größer, die ein Ende des Krieges wollen, ohne von vornherein irgendwelche Vorgaben zu machen. Der Durchhaltewille bröckelt, was ja auch kein Wunder ist, wenn man sich die Lage an den verschiedenen Frontabschnitten ansieht. Wobei es bekanntlich schwierig ist, nicht einfach, im Krieg an gesicherte Informationen zu kommen, also mit der gebotenen Vorsicht.

Der ukrainische Überraschungsangriff im August dieses Jahres, die sogenannte „Kursk-Offensive“, die hat sich relativ schnell totgelaufen. Nach anfänglichen bemerkenswerten Geländegewinnen geht's nicht weiter.

Und das vermutliche Kalkül Kiews, dadurch russische Truppen aus dem Süden zu binden, also für Entlastung im Donbass zu sorgen, das ist ja nicht aufgegangen. Moskau ist darauf ja nicht reingefallen, sondern nutzt die ohnehin vorhandene ukrainische Schwäche, mit Blick auf Personal und Gerät, um im Donbass, dem für Russland viel interessanteren Gebiet, weiter vorzustoßen. Da stehen die Russen offenbar kurz vor der strategisch wichtigen Stadt Pokrowsk. Deshalb strategisch wichtig, weil dort ein Eisenbahnknotenpunkt für die Versorgung eine große Rolle spielt und fast noch wichtiger, weil es danach kaum befestigte Verteidigungslinien gibt.

Alles zusammengekommen spricht nicht dafür, dass die Ukraine das noch lange durchhält. Schon gar, wenn man die massiven russischen Luftschläge der letzten Zeit betrachtet, mit denen ja vorwiegend Infrastruktur zerstört wird. So schnell kann man Heizkraft-Werke und Stromversorgung gar nicht reparieren, wie die immer wieder neu zerbombt werden. Die Ukraine braucht aber Erfolgsmeldungen, um den Westen bei der Stange zu halten.

Im Gegensatz zu Deutschland wird in den USA viel offener in Betracht gezogen, dass die Ukraine Gebiete verlieren könnte beziehungsweise vermutlich verlieren wird.

Und das hat zunächst mal gar nichts damit zu tun, wer in den USA Präsident ist. Allerdings könnte es bei Trump etwas schneller gehen.

Wie man von ukrainischen Militär-Bloggern hört, hat die Wahl Trumps spürbare Auswirkungen auf die Soldaten an der Front. Nach dem Motto: „Warum sollen wir jetzt noch unser Leben riskieren, um irgendwelche Stellungen zu halten? Jetzt geht es nur noch darum, die Endphase zu überleben.“

Es scheint jedenfalls einigermaßen unwahrscheinlich, dass die Ukraine ihr ganzes Territorium wird behalten können. Und die Ukraine wäre nicht das erste Land, aus dem sich die USA überhastet zurückziehen. Und dann können die Europäer - nicht zuletzt auch Deutschland - die Suppe allein auslöffeln.

Ich möchte zum Schluss nochmal auf Demokratie zu sprechen kommen. Weil ja aus innenpolitischen Gründen so viel von Demokratie die Rede ist und weil, aus meiner Sicht, so viele zweifelhafte Dinge auf den Weg gebracht werden beziehungsweise schon gebracht worden sind.

Wie zum Beispiel der „Digital Services Act“ in der EU, der uns alle angeblich vor Desinformationen schützen soll. Wobei an keiner Stelle belastbar definiert ist, was das eigentlich ist. Kennen Sie die neueste Entwicklung, die konkrete Umsetzung dieses „Acts“ in Deutschland? Sagt Ihnen der Begriff „Trusted Flagger“ etwas? Das sind sogenannte vertrauenswürdige Hinweisgeber, die bei der Bundesnetzagentur neuerdings zertifiziert werden können. Den ersten gibt's jetzt, vielleicht gibt's auch schon mehr.

Ich weiß nur von einem. – Da kann man also einen Antrag stellen, bei der Bundesnetzagentur. Und wenn man dann zertifiziert ist und etwas anzeigt, dann sind diejenigen, die man anzeigt, verpflichtet, darauf zügig zu reagieren und gegebenenfalls Inhalte zu löschen.

Bei eindeutigen Hassreden oder Terror-Aufrufen, da könnte man das ja vielleicht noch nachvollziehen. Wobei, meines Erachtens, es eindeutig eine staatliche Aufgabe ist, die man nicht an irgendwelche NGOs delegieren können dürfte. Aber dieses Recht bezieht sich eben auch ganz eindeutig auf Desinformation, was immer das ist.

Sogar die Zeitung „Die Welt“ regt sich auf und schreibt einigermaßen drastisch, ich zitiere: „Nun darf also eine aktivistische NGO aus der schwäbischen Provinz (Die Stelle, die sich da hat registrieren lassen, als erste, nennt sich ‚Meldestelle Respekt‘ der Stiftung zur Förderung der Jugend in Baden-Württemberg) Also: „Nun darf also eine aktivistische NGO aus der schwäbischen Provinz im Auftrag eines grünen Chef-Technokraten über Hetze, Verschwörungserzählungen und Fake News entscheiden.“ (Und mit dem grünen Chef-Technokraten ist Klaus Müller, der Chef der Bundesnetzagentur gemeint)

**ICH KANN NUR DAVOR WARNEN!
Ausgerechnet in Deutschland eine
Denunzianten-Kultur zu etablieren,
die der ohnehin darbenden Debatten-Kultur
vollends den Garaus macht!!!**

Zurück zur Demokratie. Der Wunsch, demokratische Systeme in anderen Teilen der Welt zu installieren, ganz gleich, ob aus hehren Motiven oder aus wirtschaftlichen oder geopolitischen Interessen, dieser Wunsch, den man mit dem Begriff „Regime Change“ beschreiben kann, der hat ein Zerstörungspotential entwickelt, das auf die Initiatoren zurückfällt, in dem Sinne, dass er sie selbst trifft.

Ich würde gerne mit einem sehr persönlichen Gedanken schließen:

Nach meiner Einschätzung, sollten westliche Gesellschaften sich so schnell wie möglich von der Vorstellung verabschieden, Geschichte nach Belieben beschleunigen zu können. Gerade, wenn man beabsichtigt, Menschen in anderen Staaten, in denen es sich nicht so frei lebt, helfen zu wollen.

Dann lohnt es sich, die kleinen Schritte wieder wertzuschätzen, die den Menschen tatsächlich helfen. Wenn sie sich, ohne Druck von außen, entfalten können und das Beispiel freier Gesellschaften vor Augen haben, ohne dass sie ihnen aktiv aufgedrängt werden. Dann können diese Menschen ihre Gesellschaften nämlich in dem Tempo umgestalten, das für sie passt.

Genau das war der Kern der neuen Ost-Politik, die Willi Brandt und Egon Bahr auf der Basis von Wandel durch Annäherung erbaut haben und genau daran, finde ich, sollten wir uns auch heute wieder orientieren.

Diejenigen, die sich dafür einsetzen, laufende Kriege zu beenden, um künftige zu verhindern, die müssen jetzt dringend Mittel und Wege finden, wieder als gestaltende Kraft in der Gesellschaft zu wirken.

**Das wird ohne junge Menschen nicht gehen!
Das wird ohne junge Menschen nicht gehen!**

Das ist ein ziemlich dickes Brett,
was da gebohrt werden muss!

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Marie von Ebner-Eschenbach enden:

„Nicht jene, die streiten, sind zu fürchten,
sondern jene, die ausweichen“

Ich danke, dass Sie mir so lange zugehört haben.

Vielen Dank.

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=9EmtuKXGedY>

Dieser Vortrag ist noch zum selber anschauen auf youtube verfügbar.

Weitere Informationsquellen:

apolut.net

scottritter.com (ehemaliger amerikanischer UN-Waffeninspektor (Irak/Afghanistan))

vashiva.com (Dr. Shiva Ayyadurai)

*V.i.S.d.P. „München-steht-auf.de“
hcg, Tal 44, 80331 München*

**MÜNCHEN STEHT AUF
FÜR RECHT UND FREIHEIT**



www.muenchen-steht-auf.de